

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vormwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2508-2507

Militärische Doppelmörder.

Aber freigesprochen!

Wieder einmal hat ein deutsches Gericht einen Freispruch gefällt, der geeignet ist oder wenigstens sein sollte, Aufsehen zu erregen. Vor dem Vierzehnten Schwurgericht hat dieser Tage eine Verhandlung über Vorgänge aus der Zeit des Rapp-Bußches stattgefunden, die sich am 7. April 1920 in Essen abgespielt haben.

Der Angeklagte Feldwebel Bloch sagt aus: Am Morgen des 7. April wurde Essen besetzt. Beim Antreten wurde ein Bataillonsbefehl bekanntgegeben, der besagte, daß jeder Gefangene der Roten Armee dem Gerichtsoffizier Linsemeier zur Vernehmung und Aburteilung vorzuführen sei.

Herr Feldwebel, der muß auch an die Wand gestellt werden! Ich führte beide zu Leutnant Linsemeier und zog mich dann in den Hintergrund des Zimmers zurück. Es waren viele Menschen da.

„Sie sind zum Tode verurteilt!“ Ich machte die Einwendung, daß die Angaben nicht von mir, sondern von Leuten auf der Straße seien. Linsemeier entgegnete: „Was ich weiß, genügt mir vollständig.“

Diese wissenschaftlich falsche Meldung zu erstatten, war ich nicht fähig. Das sagte ich Linsemeier, der mir antwortete: „Dann sagen Sie so aus, wenn Sie verhört werden.“

Ich habe das getan, weil ich es für Linsemeier, die beiden ausführenden Soldaten und die Ehre des Bataillons (!) für besser hielt.

Über den Leutnant Linsemeier sagte der Zeuge General v. Baumbach: Als er von meinem Bataillon wegging, hatte ich den Eindruck, als ob er nicht ganz Herr seiner Sinne war.

Die Leute waren aber alle schon totgeschossen. Alle auf der Flucht (!) erschossen, wie gesagt wurde. (!) Es herrschte in der Truppe die Auffassung, daß bei einer Flucht auf jeden geschossen werden könne.

Rohbach war ein Führer, der sich besonders berufen fühlte, Ordnung zu schaffen und Rache auszuüben. Dieses Gefühl der Rache mußte sich deshalb auch bei der Truppe einwurzeln.

In seiner Anklagebeilage beantragte der Oberstaatsanwalt das Mindestmaß an Strafe, auf das bei einem vorläufigen Todschlag erkannt werden kann, nämlich eine Zuchthausstrafe von 5 Jahren.

Zunächst hat sich auch in diesem Falle der eigentlich Schuldige, der Gerichtsoffizier der Abteilung Rohbach, Leutnant Linsemeier — echt national — dem Richter entzogen und sich in Saarbrücken unter den Schutz des „Erbfeindes“ gestellt.

Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last. Wegen der Angeklagten Linsemeier wird ein Haftbefehl erlassen.

Präsident Calles' Dank.

Bei seinem Abschied von Deutschland.

General Calles, dessen Wahl zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Mexiko soeben vom mexikanischen Kongress bestätigt worden ist, gewährte vor seiner in diesen Tagen erfolgten Abreise aus Deutschland unserem Mitarbeiter eine Unterredung, in der er seiner hohen Befriedigung über seinen Aufenthalt in Deutschland Ausdruck gab.

Dr. Luther nach London abgereist.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, ist Reichsfinanzminister Dr. Luther heute vormittag nach London abgereist, um den Schlussverhandlungen über die Aufhebung der deutschen Anleihe beizuwohnen.

Die deutsche Ausfuhrabgabe.

Der Transferagent soll entscheiden.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, ist die französische Antwort auf die deutsche Note wegen der Erhebung einer 20prozentigen Ausfuhrabgabe auch durch Frankreich in Berlin eingetroffen.

Diplomatenwechsel in Frankreich.

W. besprechungen in London, Rom und Bern.

Paris, 1. Oktober. (W.T.B.) Man berichtet, daß das diplomatische Requisition, das man in Aussicht gestellt hat, sich jedenfalls nur auf zwei Botschaften und eine Gesandtschaft beziehen dürfte, und

zwar auf London, Rom und Bern. Der französische Botschafter in Washington, Jufferand, bleibe auf seinem Posten. Er sei bereits wieder nach Washington abgereist.

Der französische Etat.

Ungleich der Ausgaben durch die Einnahmen.

Paris, 1. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Haushaltsentwurf, den Finanzminister Clementel am Dienstag im Haushaltsausschuß der Kammer entwickelt hat, begegnet sogar in der oppositionellen Presse keiner schärferen Kritik, da man nach den ursprünglichen Ankündigungen des Linksblocks auf rückwärtsgehende Steuermaßnahmen gegen das Kapital gefaßt war.

Der Stillelegungsstandal.

Interpellationsdebatte im Landtag.

Der preussische Landtag nahm heute die Beratungen in den Vollstimmungen wieder auf. Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt die große Anfrage unserer Genossen über die Betriebsstillelegungen und Massenentlassungen auf den Zechen im südländlichen Ruhrgebiet, die einen erschreckenden Umfang angenommen haben.

Genosse Husemann, der als erster Redner das Wort erhält, bringt wirkungsvolle Darlegungen über den Stillelegungsstandal. Ueber seine Ausführungen werden wir morgen eingehend berichten.

Nach rechts und links.

Die ausweglose Regierungskrise.

Die deutschnationale Presse, die übrigens zu den Verhandlungen des Vertretertags nicht zugelassen war (und über sie schlechter informiert zu sein scheint als der „Vorwärts“), ist über den deutschnationalen Parteibeschluß geteilter Meinung.

„Daß man aus taktischen Gründen die Verhandlungen zunächst zugleich nach rechts und nach links führen zu müssen glaubt, kann selbstverständlich deren Abschluß nur hinauschieben.“

Auf der anderen Seite führt die „Germania“ aus, daß die Zuziehung der Deutschnationalen zur Regierung aus außenpolitischen Gründen äußerst bedenklich sei, und daß die Frage der Lastenverteilung nur von allen beteiligten Schichten gemeinsam gelöst werden könne.

Die Frage eines Eintritts der Deutschnationalen in die Reichsregierung bedeutet darum für uns zugleich die Aufrollung der Frage der Mitwirkung der Sozialdemokraten. Wenn irgend etwas eine Angelegenheit ist, zu deren Behandlung der Weg der Mitte der einzig richtige ist, so ist es diese Frage der Lastenverteilung.

Parteipolitische Sophisten haben unlängst versucht, Gedanken einer Regierung der Volksgemeinschaft umzufälschen. Sie haben den „Bürgerblock“ als das Kernstück und die Quintessenz wahrer deutscher Volksgemeinschaft hinzustellen sich bemüht und zu diesem Behufe auf Momente in dem politischen Verhalten der Sozialdemokratie hingewiesen, die für jeden, der die Geschichte der deutschen Politik im letzten Jahre noch nicht vergessen hat, den Eindruck einer bewußten Beschäftigungserweckung erwecken mußten.

Selbstentäußerung treiben, wie sie größter nicht ausgedacht werden kann.

Die „Germania“ fordert daher von den Deutschnationalen, sie müssten sich „präziser als je es gestern getan, zur bisherigen Politik der Mitte bekennen und ihre Bereitwilligkeit ausdrücken, auch zusammen mit der Sozialdemokratie eine Regierungsumbildung vorzunehmen“.

Wir haben nicht das geringste dagegen, daß den Deutschnationalen die entsprechenden Fragen gestellt werden. Vielleicht veranlaßt diese Herren ihr unwiderstehlicher Drang, in die Regierung zu kommen, auch noch zu einem Treuschwur zu Schwarzrotgold und Republik. Vielleicht begreifen sie sich diesem Ziel zuliebe noch für die Erfüllungspolitik und befehlen sich am Ende noch zum perfekten „Marxismus“. Bis jetzt sind aber in ihrer Presse noch keine Anzeichen einer solchen Wandlung wahrzunehmen, und heute noch gibt die „Kreuz-Zeitung“ auf die sieben Fragen des demokratischen Abgeordneten Erlechen eine Antwort, die an großmäuliger Unverschämtheit ihres gleichen sucht. Von einer Außenpolitik, wie sie die Demokraten betreiben wissen wollten, könne „natürlich keine Rede sein“. — Gläubt die „Germania“ ernstlich, daß die Sozialdemokratie mit der „Kreuz-Zeitungs“-Partei gemeinsam Politik machen könnte?

Wenn die Stimme der „Germania“ die Stimme des Zentrums ist, dann steht fest, daß Zentrum und Demokratie den „Volksvereins“-Schwindel der Volkspartei nicht mitmachen und den Bürgerblock ablehnen. Dann aber hat der Bürgerblock keine Mehrheit im Reichstag, ist er parlamentarisch nicht lebensfähig. Jetzt schon steht fest, daß die Volkspartei wieder einmal ohne Not eine bestehende Regierung ins Wanken gebracht hat, ohne im mindesten zu wissen, was an ihre Stelle zu setzen sei. Im Bunde mit den Deutschnationalen ist sie den Parteien in den Rücken gefallen, mit denen sie der Form nach auch heute noch zu einer „Arbeitsgemeinschaft der Mitte“ verbunden ist. Zentrum und Demokraten machen jetzt mit der Loyalität der Volkspartei dieselben Erfahrungen, die die Sozialdemokratie schon im vorigen Jahr gemacht hat.

In diesem Zusammenhang drängt sich die Frage auf, ob es nicht höchste Zeit wäre, mit dieser Krisenschieberei von hinten herum zu brechen. In parlamentarisch regierten Ländern gilt die Regel, daß eine Regierung bleibt, wie sie ist, solange sie nicht in öffentlicher Parlamentsitzung in einer entscheidenden Frage unterlegen ist. Diese Regel ist entschieden viel gesünder als die Gewohnheit, die sich in Deutschland eingenistet hat, Regierungen auf dem Wege fraktioneller Palastrevolutionen und dunkler Machenschaften hinter den Kulissen zu erledigen. Die widerlichen Erscheinungen, die ein solches Treiben zur Folge hat, werden dann auf das „parlamentarische System“ abgeschoben, mit dem sie nichts zu tun haben. Was jetzt in Deutschland praktiziert wird, was wir seit dem 29. August schauernd erleben, ist gar kein Parlamentarismus, sondern eine ekelhafte Schacher machei und ein Beweis mehr dafür, daß man in der Republik und unter dem parlamentarischen System Politik nur mit Parteien treiben kann, die den Geist der Republik und der Demokratie in sich aufgenommen haben. Erst wenn diese Erkenntnis aus dem Volk heraus in die Volkspartei kräftig hineinwirkt, wird die innere deutsche Krise ihre wirkliche Lösung finden.

Die Verhandlungen mit den Parteiführern.

Wie die Telephon-Union von unterrichteter Seite erfährt, werden die Führer der Regierungsparteien nach den bisherigen Dispositionen des Reichskanzlers am morgigen Donnerstag nachmittag empfangen werden. An diese Besprechungen werden sich dann in den folgenden Tagen Verhandlungen mit den Führern der Deutschnationalen und der Sozialdemokratie anschließen. Ein genauer Zeitpunkt hierfür läßt sich aber erst nach dem Empfang der Führer der Regierungsparteien sagen.

Die Erklärung „unklar“.

Köln, 1. Oktober. (Mit.) Zu dem Ergebnis des deutschnationalen Parteitag (s. Bericht) schreibt die „Kölnische Volkszeitung“: „Die in der Gesamtsitzung getennzeichnete Stellung der Deutschnationalen ist un-

klar. Die Deutschnationalen müssen klipp und klar erklären, daß sie gewillt sind, loyal an der Durchführung der vom Reichstag beschlossenen Doves-Befehle mitzuwirken. Bei den nun beginnenden Verhandlungen, die vom Reichskanzler alsbald eingeleitet werden sollen, wird den Deutschnationalen ein Programm vorgelegt werden, dem sie ihre volle Zustimmung geben müßten; anderenfalls ist ein Zusammenarbeiten unmöglich.“

Wo Deutschnationale regieren . . . Kulturhande in Mecklenburg.

In Mecklenburg-Schwerin hat die deutschnational-volksparteiliche Koalition die sozialdemokratisch-demokratische abgelöst. Nun herrscht Brandenstein mit volksparteilicher Hilfe und unter wohlwollender Duldung durch die Völkischen.

Welche Wirkungen diese Regierung politisch ausgeübt hat, ist schon oftmals besprochen worden. Aber auch kulturell läßt die Reaktionsregierung die wichtigsten Einrichtungen des Landes verfallen. Das Professoren-Kollegium der medizinischen Fakultät der Universität Rostock wendet sich in einem Rot-schrei an die Öffentlichkeit, in dem die furchtbare Lage der Universitätskassen erschütternd dargestellt wird. Trotz aller Bemühungen der Universitätsbehörde hat sich die deutschnational-volksparteiliche Regierung nicht bewegen gelassen, die notwendigen Mittel zur Ausgestaltung der Kliniken der Landesuniversität zu beschaffen. Aus den Schürdungen des Professoren-Kollegiums werden in einem Bericht der „Berl. Tagebl.“ folgende Tatsachen herausgegriffen:

Die chirurgische Klinik leidet dermaßen fortgesetzt unter Ueberfüllung, daß es in der Klinik selbst nicht mehr möglich ist, hygienische Verhältnisse aufrechtzuerhalten. Die Klinik besitzt außer dem Hörsaal, in dem auch die Operationen vorgenommen werden müssen, nur ein Zimmer von 20 Quadratmetern als im-provisierten Operationsraum, der nur Platz für einen Tisch bietet. Die Gefahr der Infektion und die Schmutzigkeit, die Instrumente sauber zu halten, ist somit in beiden Räumen sehr groß. Für die Vorbereitung der Kranken zur Operation dient wieder nur ein gleich großer Raum, in dem täglich bis zu 15 Kranke (Männer, Frauen und Kinder) für die Operation vorbereitet werden müssen. Ebenso mangelhaft wie die Verhältnisse in den Operationsräumen sind die Zustände in der Poliklinik und in der Kontingenteilung. In einem Räume von 15 Quadratmetern Fläche müssen oft bis zu dreißig Kranke jeden Alters und Geschlechts auf Abfertigung harren.

Klagen und Beschwerden von Kranken und Ärzten über zu frühzeitige Entlassung oder gar Abweisung von Kranken gehören zu den täglichen Erscheinungen. Oft kommt es vor, daß Kranke selbst in den späten Abendstunden wegen Platzmangels abgewiesen werden und als Obdachlose an das Polizeiamt verwiesen werden müssen. Unerträgliche Zustände bestehen auch in der Klinik für Haut- und Geschlechtskrankheiten. Die Kranken sind hier nach dem Zeugnis der Professoren fast so schlimm dran wie Gefangene.

Wie in früheren Verhandlungen und Mitteilungen zur Sprache kam, sind insgesamt zwei Millionen Mark erforderlich, um die Universitätskliniken wieder zu Anstalten zu machen, die den Anforderungen der Zeit wenigstens entfernt nachkommen. Obwohl die deutschnationale Regierung von ihren sozialdemokratischen und demokratischen Vorgängern einen Ueberschuß von drei Millionen Goldmark übernahm, sah sie offenbar keinen Weg, den Bundesminister, die allerdings weniger den wohlhabenden Kreisen zugute kommen, beizuspringen. Inzwischen hat — durch Steuererhöhungen an den Großgrundbesitz und andere Maßnahmen — die Regierung es verstanden, den Ueberschuß von drei Millionen auf etwa das Doppelte an Defizit umzuwandeln. Gleichzeitig aber müssen die Lungenkranken von den Kliniken weiter abgewiesen werden, weil sich kein Raum schaffen läßt. Die Professorenschaft weist in ihrer Denkschrift nach, daß infolge dieser ungeheuren Mißstände Mecklenburg einer der übelsten Typhusherde Deutschlands ist. Während in der ersten Hälfte dieses Jahres auf 100 000 Einwohner Preußen 9,1 und Baden nur 1,4 Typhuskranken hatte, weist Mecklenburg deren 20,3 auf.

Der neue Kommunismus im Reichstag. Wie dem Kölner Kommunistenblatt aus Berlin mitgeteilt wird, ist dem Kölner Stadtparolen, Volksschullehrer Knab, auf Grund der ober-schleischen Reichstagswahlen ein Sitz für Oberschlesien auf der Reichsliste übertragen worden.

Stahlhelm und Völkische.

Das Durcheinander in der völkischen und nationalen Bewegung wird sehr deutlich durch einen Aufruf illustriert, den, nach einer Veröffentlichung der völkischen „Mecklenburger Warte“, die Bundesleitung des Stahlhelm an ihre Ortsgruppen versendet.

An alle Stahlhelmsführer!

Die Vorgänge bei Gelegenheit der Tagung der Nationalsozialistischen Freiheitspartei in Weimar und die im Anschluß daran veröffentlichten Aufrufe des Generals Ludendorff, in denen zum Austritt aus den nationalen Verbänden Stahlhelm, Behrwolf, Jungbo usw. und zum Eintritt in die nationalsozialistische Front, eingeleitet wird, geben der Bundesleitung Veranlassung, nochmals ausdrücklich zu betonen, daß eine Beteiligung von Stahlhelm-Formationen an Veranstaltungen politischer Parteien künftig unbedingt unterbleiben muß. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß unsere Kameraden dem Vorsitzenden der Nationalsozialistischen Freiheitspartei auf Paraden Ehrenbezeugungen erweisen und ihm jubeln, während er gleichzeitig öffentlich dazu auffordert, unsere Organisationen zu zerlegen. Die Bundesleitung bedauert es grundsätzlich, daß der große Feldherr Ludendorff sich in die Parteipolitik begeben hat. Noch mehr bedauert sie es aber, daß durch das Vorgehen der Nationalsozialistischen Freiheitspartei erneut Verwirrung und Unordnung in den nationalen Kreisen hervorgerufen wird. Die Bundesleitung erwartet von allen Führern, daß sie nunmehr durchgreifen. Wer trotz Handchsloßs und Eides von uns gehen will, soll gehen. Eine reinliche Scheidung ist besser als der jetzige Zustand. Nicht mit verlogener Phrasen, sondern durch ungeheures Opfer, Selbst- und Renneuzucht werden wir Deutschland befreien können, nicht durch monatliche Neubildung von irgendwelchen Verbänden mit den schönen Namen, sondern auch Festigung, Aufbau, Verbesserung der bestehenden Organisationen. Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, wird getreu seinen seit sechs Jahren verfolgten Richtlinien unbeirrt seinen geraden Weg weiter verfolgen und wird auf überparteilicher und überkonfessioneller Grundlage auch ferner alle die deutschen Männer unter seiner Fahne sammeln, die guten Willens sind und das Vaterland über die Partei stellen.

Dieser Befehl ist in laktonischer, aber eindeutiger Weise sämtlichen Kameraden bekanntzugeben.

Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten,
gez. Franz Seidie, Bundesvorsitzender.

Der Aufruf gibt den Deutschnationalen Veranlassung, die „reine Scheidung“, von der in ihm gesprochen wird, in dem Sinne zu propagieren, daß alle nicht völkisch zuverlässigen Leute aus dem Stahlhelm hinausbefördert werden. Die Bundesleitung des Stahlhelms wird gegenüber diesen Oberdemagogogen sicher keinen leichten Stand haben; die Geißel, die sie rief, wird sie so leicht nicht los werden.

Anleihe-Schwankungen.

An der Börse setzten sich die bestigen Schwankungen für inländische Anleihen heute fort. Die gestern von einigen Blättern als Folge des Anleihebesturzes gemeldeten Insolvenzen liegen auch heute noch nicht völlig klar. Man handelte heute Kriegsanleihe mit 760—770, Zwangsanleihe mit 17½—17¾, Schutzgebietenanleihe mit 8½—8¾, 23er K-Schätze mit 350—360, später mit 330, 24 dergleichen mit 750—770, 3½proz. preuß. Konsols erlöschten mit 14½—14¾ und wurden mit 13½ genannt. In den Effektenmärkten zeigte sich allgemein eine leichte Befestigung durch, die vom Konsummarkt ihren Ausgang nahm. Zur Befestigung der Industriewerte tragen wesentlich die Meldungen über einen günstigeren Stand der privaten Anleiheverhandlungen, sowie der Beginn der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen bei.

Die Geldmarktlage zeigt eine wesentliche Erleichterung: tägliches Geld ½, Promille, Monatsrabatte 1½ Prozent monatlich. Die Lage der Devisen ist unverändert.

Der badische Staatspräsident Dr. Köhler schreibt uns: „In dem Bericht über den südwestdeutschen Republikanerkrieg in Nr. 458 Ihres geschätzten Blattes schreiben Sie, daß nach den Begrüßungsreden der badische Staatspräsident Dr. Köhler gesprochen habe, „der der Parteirichtung nach den Demokraten angehöre“. Ich lege Wert auf die Feststellung, daß ich nicht der Demokratie, sondern wie mein Freund Dr. Wirth dem Zentrum angehöre.“ — Wir hatten den Baderischen Fehler, der sich in unserem Vorbericht von der Mannheimer Tagung eingeschlichen hatte, bereits im Hauptbericht am Montag aus eigenem berichtigt.

o Straßburg, o Straßburg . . .

Von Julius Leber.

Reißighernde Sonne liegt über der eisässigen Ebene. Noch einmal nimmt der Spätsommer alle Kräfte zusammen und glüht durch das Land, laßt die Trauben und darrt die Felder aus. Wie in den schwülsten Hundstagen reden die Mauern Vogelgesprächel in klammerndem Dunst. Schäfer und Stumpf grüßen die Burgen ins Tal hinab. Ueberall hängen Tricoloren wie welke Blumen. Im Schattens räkeln sich faul und gährend französische Soldaten mit den Dübengedichtern der Provinz.

Die „Völkische Zeitung“ hat vor einigen Wochen ausgesprochen, daß das Elend für Deutschland endgültig verloren sei — auch kulturell, und daß die Elässler sich ungefähr völlig dem französischen Sitten und Denken angeglichen hätten. Sie macht dabei den gleichen Fehler, den die „Freunden“ seit 50 Jahren machen, indem sie glauben, die eisässige Bourgeoisie, die wohlhabende Stadtbekölerung, sei das eisässige Volk. Das ist aber ein großer Irrtum. Zwar ist im Eläss seit 1918 Mandcherei französisiert worden. Die jungen Damen in Strick- und Säckchen schminken sich grouenhaft, und die übrige Bevölkerung schimpft ebenso grouenhaft darüber. Wenn man mit Puder und Schminke das Gesicht eines Volkes verändern kann, dann sind Straßburg und Kolmar heute ebenso französische Städte wie Panten oder Rouen. Hört man aber hinter den alten und jungen Porträtmalereien den groben Fluß eines modernen Bauerntempos, dann kann man noch daran zweifeln, ob Palastkisten und Rudertöpfe allein ein Volk verändern können. So eine eisässische Dame, die sich das ganze Gesicht weiß wie ein Jiruluskorn pudert, dann die Lippen und Wangen mit blühendem Rot überpinselt und schließlich die Augenhöhlen schwarz auslegt, sieht aus wie eine schwarzweiche argemalte Schleierteule. Man ist bei ihrem Ausblicke verführt, sich Ludendorff oder Graefe oder gar Ahlemann in dieser aufreizenden Kriegsbemalung vorzustellen.

Im übrigen hat sich aber Straßburg gar nicht verändert. Wie einst schreitet der junge Goethe auf seinem Sockel frei und leicht ins Leben, und wie einst schaut die herrliche Majestät von Erwins Künstler auf das Volk herab. Diesem Wahrzeichen der alten deutschen Reichsstadt können Puder und Schminke nichts anhaben. Und wie einst schollt aus den Walschlüssen der Ill das aufgetragte Geschwätz der Walschraun im singenden Tone des Straßburger Kant. Oben aber verzicht die alte Fischertrier seinem Reiterhute höhnisch sein Bauerngesicht und wiederholt durch die Jochbänder seine seltsamen Worte über die „weißen Gockelhäne“. Wo einst Wilhelm der Große auf seinem Gauß sah wie eine Großmutter auf dem Stuhl, da blühen Rhododendren.

So schandert man durch das alte Straßburg und gedenkt der Zeit, wo um die Pfeiler des Künstlers alte deutsche Lieder zur mitternächtlichen Stunde erklangen. Die Zeiten sind vorbei. Die

deutschen Studenten sind fort, und der Franzose singt nicht. Aber da ist noch die alte Weinstube, ein alldisches Parierhaus mit Zupfenscheiben, wo der Liter Welt eine Mark kostet. Hoch über die Rentenmarkt! Und hoch über der eisässige Wein! Der Reiner sieht, daß ich eine deutsche Zigarette rauche und spricht mich leise an: „Sind Sie von drüben?“ Auf meine bejahende Antwort fährt er fort: „Für uns ist hier nicht mehr viel los, die Franzosen sind mit dem Gelde nicht so großzügig, wie unsere deutsche Rundschau einst war.“

Dann bummelte ich durch die alten Gewerkslauben, die jetzt gut französisch „arcades“ heißen, über den hohen Steg, der in la haute montee umgelaßt ist, und durch die Reisingasse, geht la rue de la mäsange genannt. Die Elässler lachen darüber. Es ist so überhaupt ihr einziges unbestrittenes Recht, über den ganzen nationalistischen Irdbel zu lachen; denn sie kennen ganz genau jedes der beiden Nachlarsdörfer, die sich seit Jahrhunderten um den Besitz dieses schönen Landes gestritten haben.

Maffary-Premiere.

(Kollendorf-Theater.)

Aus der „Beliebten Sr. Hoheit“ hätte man die Hauptfigur eines satirischen Lustspiels machen können. Der Grundesfall ist völlig genau, um ein Sprachsitz zu tragen. Folgendes nämlich geschieht: Die Tänzerin Tamara und ihr geistlicher Impresario Hjel erfinden sich zur Erhöhung des Ruhms und der Senkellen einen Bringen als Liebhaber. Der schickt täglich Blumen und Telegramme. Natürlich alles bestellte Arbeit. Aber es wirkt im Jotivier der Reklame. Der Adjutant des Prinzen will die vorwegene Frau zur Rechenhaft ziehen, verliert sich aber in sie, nachdem er den Scherz gemacht hatte, sich selbst als Hoheit einzuführen. In Wiza ist Verlobung. Dort erscheint auch Hjel Maffary, oder vielmehr die Tänzerin, oder vielmehr die noch bestehende politische Fürstin, in die sich eine nie verlogene Frau schnell verwandelt. Der Betrug ist offenbar, die ganze Welt weiß von der vermeintlichen Verlobung des Prinzen, der nun wissen will, wer sich für ihn ausgesprochen hat. Um Strafe von dem Geliebten abzuwenden, bezeichnet Hjel die Hoheit selber als den richtigen Liebhaber. Schließlich aber will sie, daß der Lieutenant gegen Zulassung freien Ehegeleites sich selbst bezichtigt. Das ganze Liebesregiment meldet sich schuldig. Das weitere, auch den Sturz die Treppe hinauf, kann man sich denken. Nicht aber, daß Bernauer und Desterreicher, die beiden Komparative, diese Geschichte mit viel Witz und Komik zu einer wirklich lustigen Anzeigende geteigert haben. Ein famoser Text, — jeder eine ganz schloße Musik von Gilbert. Ein bischen Cavalleria, ein wenig Puccini, dazuwischen Schillerische Töne und kaum ein schonerrechtes Da capo-Stückchen. Alles auf Stielen, kriech, gebildet, feierlich, und diese gefangliche und rhythmische Schwere lastet selbst auf den Walzern. Eine Verlegenheitspartitur, schon beim ersten Erheinen alt und vergilbert. Der hochbegabte Komponist der „Polnischen Wirtshaus“ und der „Madame Pompadour“ besann sich weniger auf die Restaurierung seines Namens Winterfeld als auf

keinen alten Ruf als Schloperkomponist. Nicht leicht für die Maffary, dieses Anonenschrift ohne musikalische Treffer in den Hafen des Erfolgs zu steuern. Sie tut es dennoch, weil sie eben auch dem schwächsten Körper ihr Blut gibt, weil sie aus nichts ein Etwas, aus halben Ganzes macht, weil sie lädeln und sprechen und singen und tanzen kann, weil sie ein unendlich großes, lebenswürdiges, musikantisches Geschöpf ist und weil eben, wo sie steht und geht, Kunstatmosphäre gebildet. Da sie in Wirl einen besonders gut aufgelegten Partner hatte, da Silla so komisch war wie der einstufige Theatler, da die kleine, wänerisch lustige Olga Percival, da Fichta und Silda ihrerseits für Stimmung sorgten, so wurde auch die Zurückhaltung des Publikums besiegt. Ein Lustspielerspiel, ein Erfolg der Maffary und ihrer kontrapunktischen Partner, nicht der Operette. R. S.

Dem Mätschen Museum sind in der letzten Zeit für diese Zweige der kulturgeschichtlichen Abteilung wertvolle Erwerbungen gestiftet. Auf zwei der wichtigsten, die für die Geschichte Berlins von Bedeutung sind, sei hingewiesen. Die eine ist eine Miniatur. Sie stellt Henriette Vogel dar, jene unglückliche Frau, mit der Heinrich von Kleist am 21. November 1811 in den Tod ging. Dies Bildnis, das erste bisher bekannt gewordene, ist künstlerisch nicht gerade hervorragend, aber als Porträt durch Familienüberlieferung gut beglaubigt. — Bei der anderen Erwerbung handelt es sich um zwei Stücke. Es sind Kreidzeichnungen von Ludwig Bleich aus dem Jahre 1853, die Lina Dunder und ihre Schwester Betty Tendinger darstellen. Diese, die Gattin des Politikers und Verlegers Franz Dunder, war eine durch Geist und Klugheit ausgezeichnete Frau, um die sich ein Kreis von herausragenden Persönlichkeiten, Schriftstellern, Künstlern, Gelehrten u. a. gebildet hatte. In seinem Buch „Die ich Schriftsteller geworden bin“ schildert Bleich ihren Salon und spricht dabei eingehend von den beiden Porträtszeichnungen, die ihm sehr willkommene künstlerische Aufträge waren. Zu den Männern, die damals in Dunderschen Hause verkehrten, gehörte Gottfried Keller, und seit einigen Jahren wissen wir, daß der Dichter eine leidenschaftliche Neigung zu Betty Tendinger gehabt hatte, die nicht erwidert wurde. Diese Spuren hat das Erlebnis in ihrer Bosheit hinterlassen, wie allein die Gestalt von Dunderns Schönkind im „Grünen Heinrich“ beweist. So knüpfen sich an diese beiden Bilder, die ein Vermächtnis der vor kurzem verstorbenen Frau Marie Magnus, Tochter von Lina Dunder, sind, reiche und tiefe Erinnerungen.

Bücherdiebstahl in Düsseldorf. In der Nacht vom 29. zum 30. September wurde in der Säckischen Kunsthalle ein großer Diebstahl ausgeübt, wobei die Diebe acht der wertvollsten Bilder aus den Rahmen schritten und mitgehen ließen. Gestohlen wurde: Bildnis einer Dame in weitem Gewand von Annas, großes Brustbild einer älteren Dame in braunem Kleid von Sauter, schwärzliches Bild von einem blühenden Mädchen am Fenster von Dancleber, Köhnen von Dillmann von Schwind, Porträt von Walde von Buchholz, Brustbild der Eleonora von Arnold Böcklin, drei nackte Männer von Marsch, wie Anselm von Waz Liebermann. Auf die Ergreifung Täter sind 20 000 M. Belohnung ausgesetzt.

Internationale Sozialpolitik.

Der Kongress in Prag.

Prag, 1. Oktober. (Mit.) Das Exekutivkomitee des Internationalen Sozialpolitischen Kongresses tagte gestern von 5 Uhr nachmittags bis nachts 2 Uhr. Es wurde über die Frage des Präsidiums und des Ehrenpräsidiums im Kongress und über die Resolution, betreffend die Arbeitslosenarbeit und die Betriebsausfälle, beraten. Als Ehrenpräsidenten wurden dem Kongress vorgeschlagen: der sozialdemokratische Schweizerische Nationalrat Creulich, Prof. Dujo Brantano, der Vorsitzende des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamtes Fontaine, der französische Arbeitsminister Godard, der preussische Minister Hirtzfelder, der spanische Minister A. D. Ego, ferner der tschechische Ministerpräsident Sochla, Außenminister Dr. Beneš und der Fürsorgeminister Habermann. Zum Vorsitzenden des Kongresses wurde der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, vorgeschlagen.

Der Internationale Sozialpolitische Kongress hat einen Ausschuss zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingesetzt, der am Dienstag zusammentrat. Der Ausschuss setzte zwei Unterausschüsse ein, von denen sich der eine mit dem auf dem vorjährigen Kongress behandelten Generalprogramm, der andere mit der Frage der Arbeitslosigkeit der geistigen Arbeiter befassen soll.

Die Auswandererfrage.

Besprechung in der Gewerkschaftsinternationale.

Prag, 1. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In der fortgesetzten Debatte der Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes über die Auswandererfrage schilderten die Vertreter Frankreichs, Ungarns und Italiens die Verhältnisse in ihren Ländern. Rußland legte eine Entschliessung vor, daß die Arbeiter aller Länder auf ihre Regierungen Einfluß nehmen sollen, um die durch die Friedensverträge zerstörten wirtschaftlichen Beziehungen zu erneuern; dadurch würden wir die Errichtung der Vereinigten Staaten von Europa erreichen. Am Nachmittag trat eine Redaktionskommission zur Abfassung einer Resolution zusammen. Nach längerer Debatte, in der die Meinungsverschiedenheiten der Vertreter der verschiedenen Länder zum Ausdruck kamen, wurde eine Entschliessung ausgearbeitet, die die Vorschläge des Kongresses für die vom Internationalen Gewerkschaftsbund zu ergreifenden dringenden Maßnahmen in der Auswandererfrage zusammenfaßt. Der Vorsitzende Mertens schloß darauf die Konferenz, indem er der Erwartung Ausdruck gab, daß durch die Vorschläge der erste Schritt zur endgültigen Lösung des Auswandererproblems getan sei.

Völkischer Ordenschwindel.

Ludendorff als „Ehrenmarschall“ eines „Ordensrats“.

München, 30. September. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Schöffengericht in Remmingen (Württemberg) begann Ende der vorigen Woche ein Prozeß gegen den angeblichen Geschäftsführer der „Deutschen Ehrenordenmünze für den Weltkrieg“, den ehemaligen Hauptmann Hering, der wegen fortgesetzten Betruges angeklagt ist. Nach der Anklageschrift hat Hering durch eine Reihe von Einzelhandlungen in betrügerischer Absicht das Vermögen anderer durch Verpfändung falscher Tausche geschädigt. Seit 1921 betreibt er die Herausgabe einer deutschen Ehrenordenmünze für den Weltkrieg. Diese Münze wurde zuerst im Austrage des „Bundes nationalgermanischer Soldaten“ herausgegeben, später übernahm der Angeklagte selbst den Vertrieb, und zwar zuerst von Berlin aus und dann von Bughelm bei Memmingen. Als Entgelt für die Münze, die einen Wert von einer Mark hat, war nach der Stabilisierung zunächst der Betrag von 2,10 M. und später von 2,85 M. angesetzt, die der Erwerber zu zahlen hatte. In den Antragsformularen, die den Antragsteller zugesandt wurden, ist auch die Bitte um freiwillige Gaben zur Durchführung des großen patriotischen Werkes der deutschen Ehrenordenmünze ausgesprochen. Vorher hatte der Angeklagte Aufträge herausgegeben, die auf je 2 M. lauten und auf denen vermerkt ist, daß der Wert der nicht eingelösten Ordensmünze in einen Fonds fließt, der die Verteilung der Denkmünze an wirtschaftlich Schwache ohne Entgelt bezweckt. Durch diese Aufforderung zur Zahlung über das eigentliche Entgelt für die Denkmünze hinaus gingen sehr erhebliche Beträge ein, und zwar vom September 1923 bis September 1924 ungefähr 15.000 Goldmark. Der Angeklagte hat diese Beträge nicht im Sinne der Geber verwendet. Bei seiner Vernehmung gab der Angeklagte in langen Ausführungen Aufschluß über die Gründung der „Ehrenordenmünze“. Bei dieser Gründung führte er seinerzeit eingehende Verhandlungen mit dem Grafen Rolke, dem Flügeladjutanten des Exkaisers. Der „Verband nationalgermanischer Soldaten“ hat, da die Reichsregierung die Herausgabe der Denkmünze damals ablehnte, sich daran beteiligt und einen besonderen Ordensrat, bestehend aus 9 Mitgliedern, eingesetzt. Der Angeklagte behauptet, daß er eisenförmig zu der Sache gedrängt worden sei. Nach dem Pathenau-Wort habe er auf Grund des Republikanengesetzes mit der Ordensstelle und ihrem Stab bei Nacht und Nebel aus Berlin abziehen müssen. Sie ging auf Einladung des Grafen Waldbott von Bassenheim nach Bughelm bei Memmingen. Dort wurde eine Villa für die Ordensstelle gemietet. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum die Ordensstelle 20 Leute zu ihrer Bedienung gebraucht habe, erwiderte der Angeklagte, das Bericht möge sich überzeugen von der Menge der täglich einlaufenden Post. Diese müßte jeden Tag auf Leiterwagen in die Geschäftsstelle gefahren werden. Die Zahl der Ritter des Ordens betrug am 25. Juli dieses Jahres 220.000 und steigt angeblich fortgesetzt. Die Berechtigung, in Vertretung des Kaisers zu zeichnen, leitete der Angeklagte aus der „nicht unmittelbaren Vermittlung des kaiserlichen Flügeladjutanten“ ab. In Briefen, die der Angeklagte vorweist, gibt Graf Rolke der Freude über den guten Fortschritt des Ordens das glücklichste Ausdrück. In diesem Sinne habe sich auch der Kaiser geäußert. Der Angeklagte hat auch Ludendorff den Orden übermittleit und ihn zum Ehrenmarschall ernannt. Ludendorff hat in einem Antwortschreiben für die Ueberreichung des „von Seiner Majestät gebilligten“ Ordens gedankt.

Das Gericht kam schließlich zu der Auffassung, daß der Angeklagte von der Anlage des verurteilten Betruges freizusprechen sei, da die Verhandlung nicht den Beweis erbracht habe, daß Hering sich der Verpfändung falscher Tausche schuldig gemacht habe. Dagegen wurde der Angeklagte wegen Verleumdung zu 1000 Mark Geldstrafe und wegen Aufforderung zur Uebertretung zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt.

Aus der Partei.

Genosse Hugo Keller gestorben.

In Görlitz starb am Dienstagnachmittag nach langem schweren Leiden der Genosse Hugo Keller im 81. Lebensjahre. Die Genossen werden sich noch der frischen Rede erinnern, die er im hohen Alter zur Eröffnung des Görlitzer Parteitag im Jahre 1921 gehalten hat. Mehr als fünf Jahrzehnte hat Keller der Partei in der fröhlichen und lässlichen Oberlausitz unermüdet seine Zeit und Kraft gewidmet. Er war einer der Ältesten, die in ihrem Wirkungskreis erste Pioniere waren und im hohen Alter das Glück hatten, die von ihnen gesäte Frucht reifen zu sehen.

Die Dame mit dem Zylinder.

Bislang war es nur das Vorrecht des eleganten Herrn, einen Zylinder zu tragen. Jetzt trägt ihn auch die feine Frau. So will es die Mode von heute. Wer in diesen Tagen so in den späten Nachmittagstunden eines der großen Warenhäuser aufsucht und sich an die Abteilung Damenhüte begibt, kann seine blauen Wunder erleben. Die Damenwelt steht dicht gedrängt vor den Verkaufstischen, probiert Hüte auf, wühlt in den aufgestellten Formen und Fassons, dreht sich vor den Spiegeln, legt den Hut ab und einen neuen auf, allgemeine Rufen nach den armen, gequälten Verkäuferinnen, die am besten vier Hände haben müßten, um dem Ansturm gerecht werden zu können. Die Geschäfte gehen glänzend, man kauft ohne sich lange zu besinnen und ohne viel um den Preis zu feilschen. Erklärt man die große Schar der Käuferinnen, nicht man, mit welchem Eifer und mit welcher Ausregung sie sich dem wichtigen Geschäft widmen, entfährt einem unwillkürlich der Stoßseufzer: die Sorgen müßt ich haben!

Und alle diese Damen wollen nur Zylinderhüte auf ihre schönen und sorgfältig frisierten Köpfe stülpen. Zylinder mit schwarzem Samt bezogen, und Zylinder mit glänzenden Agraffen, die in der Sonne famos funkeln, Zylinder mit allerlei Bändern geschmückt und Zylinder mit den seltsamsten Vögeln oder Tügeln garniert. Schade ist es, daß die Mode nicht auch bestimmt hat, daß zum Zylinder der Frack von den Damen getragen wird. Indessen, wir sind ja erst am Anfang der Saison, und was noch nicht ist, wird gewiß noch, wenn wir weiter im Winter sind, kommen.

Jedenfalls aber wird in diesem Herbst und Winter das Abzeichen der eleganten Dame von Geld und Belt der Zylinder sein. Eigentlich sollten sich die anderen, die man nicht Damen nennt, die nur ein Anrecht haben auf die Bezeichnung Frauen, auch ein besonderes Kennzeichen anschaffen und über den Kopf ziehen. Ich schlage die Jakobinermütze vor. Die ist bekanntlich rot, und das wird dann einen schönen und schnell in die Augen fallenden Kontrast zu den schwarzen Zylindern geben. Es ist aber leider zu befürchten, daß aus diesem schönen Plan nichts wird, wie überhaupt schöne Pläne meistens in Nichts zerfallen. Die Frauen nämlich dürfen am Ende wenig Sinn für die Kopfbedeckung haben und desto mehr Sorgen um die warme Hülle für sich und die Kinder.

Ja, ja, so hat jede ihre besonderen Sorgen, die einen um den modischen Zylinderhut und die andere um den Wintermantel. Wehe aber, wenn man der Dame sagen wollte, daß ihre Sorgen keine sind. Sie würde dich mit Verachtung auslachen.

Mord an einem Wächter.

Der Täter im Auto auf der Flucht nach der Tschschowawaki.

Auf dem Grundstück Jagowstraße 34, das den Mercedeswerken gehört, war ein 44 Jahre alter Andreas Hochheim, der aus GutsMuths stammt und in der Schönhäuser Allee 154 wohnte, als Wächter angestellt. Heute früh um 6 Uhr fand man den Mann in einem Keller gange in einer großen Blutlache tot. Ein Arzt, den die Kriminalpolizei hinzuzog, stellte eine erhebliche Verletzung am Hinterkopf und eine Quetschwunde an der Stirn fest. Die Feststellungen ergaben zunächst, daß zwei Wagenwächter, die in dem Betriebe beschäftigt waren, heute morgen fehlen. Weitere Untersuchungen kamen zu der Feststellung, daß es sich um einen Mord handelte. Die Täter sind drei Wagenwächter, die mit einem Mercedeswagen entflohen sind. In der Nähe von Frankfurt a. d. O. hat einer der Täter, wahrscheinlich von Gewissensbissen getrieben, den Wagen verlassen und der Polizei Mitteilung gemacht. Ein Auto des Polizeipräsidiums befindet sich auf dem Wege, um die Mörder zu verfolgen, die die Absicht geäußert hatten, nach der Tschschowawaki zu entkommen.

Die letzten Ermittlungen haben folgendes ergeben: Auf dem Grundstück Jagowstr. 34 haben die Mercedeswerke eine Kellergarage mit 10 Bogen. In dieser Garage hatte der Wächter Hochheim auf seinen nächtlichen Kontrollgängen eine Uhr zu stehen. Auf dem letzten Gange wurde er von drei Dieben, die es auf einen Wagen abgesehen hatten und sich wahrscheinlich schon im Keller befanden, niedergeschlagen, ohne daß er sie gesehen hatte. Ein Schlag vor den Kopf stredte ihn nieder, weitere Schläge führten seinen Tod herbei. Der Überfall geschah, als sich Hochheim mit seiner Schlüsselkette auf dem Gang zu den Bogen befand. Hier wurde er auch in seinem Blute schwimmend tot aufgefunden. Die Verbrecher holten, nachdem sie den Wächter getötet hatten, einen vollständig montierten und mit Betriebsstoff versehenen 1850 PS-Mercedes-Wagen aus seiner Boge heraus und fuhren damit, nachdem sie sich durch die Ermordung des Wächters den Weg frei gemacht hatten, in der Richtung nach Frankfurt a. d. O. schleunigst davon, um von dort aus über die polnische Grenze zu kommen. In Frankfurt setzten zwei von ihnen den dritten Mann aus. Dieser begab sich zur Frankfurter Kriminalpolizei und leitete ihr die Mordtat mit. Er wurde verhaftet und als ein am 9. Februar 1891 zu Berlin geborener Anstalt Freig. Tschschowawaki festgestellt. Die Mercedes-Werke stellten nach Eingang dieser Nachrichten der Kriminalpolizei einer schweren schnellen Wagen zur Verfügung. Mehrere Beamte des Sonderdezernats für Automobiliebstahl, die selbst fahrfähig sind und im Automobilwesen genau Bescheid wissen, machten sich mit diesem Auto sofort auf den Weg, um die Spur der beiden flüchtigen Verbrecher weiter zu verfolgen und die Täter womöglich noch vor dem Ueberschreiten der polnischen Grenze einzufangen und zu fassen.

In der Reichenberger Straße 43 wurde gestern Abend die 42 Jahre alte Ehefrau Gertrud Obinski in ihrer Wohnung, bis auf das Hemd entkleidet, auf dem Bette liegend tot aufgefunden. Ihr Mann, der auf dem Revier die Anzeige machte, gab an, daß er bei seiner Heimkehr die Tür verschlossen, die Wohnung mit Gas angefüllt und seine Frau tot gefunden habe. Die Feuerwehr, die gerufen wurde, machte vergebliche Wiederbelebungsversuche. Ein Arzt, den die Kriminalpolizei des Reviers hinzuzog, stellte frische Wundwunden am linken Handgelenk, an der Brust, am linken Auge und an der Nase fest. Auch an der linken Anisethaut und an anderen Körperstellen fand er Verletzungen, die von äußerer Gewalt, vielleicht Mißhandlungen, herzurühren scheinen. Der Ehemann, der erst kürzlich aus der Strafkast entlassen worden ist, verwickelte sich bei seiner Vernehmung so in Widersprüche, daß er unter dem Verdacht, seine Frau mißhandelt und vielleicht mit Gas vergiftet habe, vorläufig in Haft genommen wurde. Das Polizeiamt Kreuzberg nahm sofort die Ermittlungen zur weiteren Aufklärung auf.

Eine Konfirmationspredigt.

Unter den Geistlichen gibt es Eiferer, die sich auf der Kanzel als stürmische Draufgänger betätigen und vermeintliche oder wirkliche Gegner der Kirche in heftiger Ausfällen angreifen. Zu den freitbaren Dienern Gottes gehört ansehnend auch der Pastor Siebert von der evangelischen Genezarethkirche in Neukölln, der kürzlich bei einer Konfirmation sich über die Anhänger der weltlichen Schule äußerte. Er soll, als er in seiner Predigt auf diese Frage zu sprechen kam, die Gegner des Religionsunterrichtes mit Staatsverbrechern vergleichen haben, die man zu hängen pflegte. Des wird nicht nur in Kinderausagen behauptet, sondern von besonnenen Eltern verifiziert, die an der Konfirmationsfeier teilnahmen und die Predigt mit anhörten. Wir zweifeln nicht, daß Herr Pastor Siebert es für seine Pflicht

gehalten hat, diesen Angriff gegen die Freunde der weltlichen Schule in seine Predigt einzuflechten. In seinem Eifer hat er sich wohl keine Gedanken darüber gemacht, wie so etwas auf Zuhörer wirkt, die seine Meinung nicht teilen. Daß unter den Eltern der Konfirmanten auch Andersdenkende sind — ja, woher soll der Pastor das wissen? Tatsache ist, daß noch viele Kinder konfirmiert werden, deren Eltern sich längst nicht mehr um die Kirche kümmern und den Pastor noch nie gesehen haben. Aber ein Pastor, der diese Eltern und ihre Gesinnung nie kennen lernt, gelangt leicht zu der Selbsttäuschung, er habe es nur mit Gleichgesinnten zu tun und man sei bei der Konfirmation unter sich. Wäre nicht richtiger, die Siebente und ihren Anhang wirklich unter sich zu lassen?

Zwei Straßennfälle an derselben Stelle.

Das tägliche Straßenbahnunglück, ohne das Berlin offenbar nicht auskommt, ereignete sich heute in aller Frühe in Tempelhof in der Berliner Straße, etwa 200 Meter nördlich des Ringbahnhofes. Ein Straßenbahnwagen der Linie 99 lief mit einem Turmwagen, der an den elektrischen Drähten Reparaturen ausführte, zusammen. Dabei wurde der Fahrer des Turmwagens sehr schwer verletzt. Während die Feuerwehr bemüht war, den Verletzten fortzutransportieren und das Verkehrshindernis zu beseitigen, ereignete sich einige Meter von der Unglücksstelle ein zweiter schwerer Unfall. Ein Auto fuhr mit einer Pferdebesitzerin in voller Fahrt zusammen. Durch den heftigen Zusammenstoß erlitt der Wagen schwere Beschädigungen. Der Kraftwagenführer Mübbs wurde mittels Krankenwagens ins Urban-Krankenhaus transportiert. Den Wagenführer des Turmwagens brachte man zur nahegelegenen Rettungsstelle.

Die Not des Arbeiterkindees.

Im Graustein eiferiger Städte verkommt ein Geschlecht. Proletarierjugend ist keine Jugend, denn Hunger und Not und tägliche Sorge verdrängen die Sonne, sperren die Luft ab. Millionen wissen darum aus eigener Erfahrung, ein paar Hundert von ihnen hört's gestern Abend im Schulkino in der Dunderstraße, daß es auch heute schon anders sein kann; sie erfahren auch, wie es anders sein kann. Die Kinderfreunde Preussischer Berg heiten eingeladen. Genosse Dr. Max Hoban führte an Hand gut ausgewählter Lichtbilder Typisches aus dieser Zeit trauerter sozialer Unterdrückte, die die einen in Schmutz und Elend verfallen und die anderen im Wohlstand ihrer Sinne genießen läßt vor. Die „Kinderfreunde“ sind eine proletarische Selbsthilforganisation, die in ihren Leistungen weit über alle Wohlthätigkeitsanstalten von Schule, Behörde und „Fürsorge“ hinausgeht, moralisch stets und materiell, soweit sie finanziell von der Arbeiterschaft unterstützt wird. Junge Genossen kämpfen in ihr taufisch gegen Alkohol und Nikotin, gegen Schmutz und Schand in Wort und Bild, sie führen vor allem unsere Kinder ins Freie, lassen sie die Fabrik vergessen, lehren sie ihren Körper lieben, pflegen und verwenden — machen sie dadurch wohl auch schöner. Das Bild löste aus staunwürdigem Stumpfheit, erschütterte fast: Loggetheater im überfüllten Saal, simple Lichtbilder von froher Frober auf weicher Fläche gleichzeitig frei, fröhlicher und doch irgendwie auch melancholischer Gehang hohlungiger, hungerlicher Kinder... Arbeiter, helft den Kinderfreunden!

Typographie. Die Übungsstunde am nächsten Sonntag findet nicht in den Kammerläden, sondern im Klubhause, Dammstraße 2, pünktl. um 9 Uhr nachmittags statt. Alle Sänger müssen erscheinen.

Amerikas Vorbereitungen für den 3. K. 3.

Die Marineleitung der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat den Kreuzern Milwaukee, Detroit und Potomac den Befehl gegeben, sich auf dem Wege zu verteilten, den der Zeppelin R. 3 auf seinem atlantischen Flug eingeschlagen wird. Dieser Flug wird voraussichtlich noch in dieser Woche angetreten werden. Da sich das Luftschiff Shenandoah im Stillen Ozean befindet, so wird 3. K. 3 im Flughafen von Lakehurst verankert werden. Bei seiner Ankunft in Amerika wird das Fahrzeug Schaulustige veranlassen, Bericht über amerikanische Zeitungen sind darüber sehr ungehalten, daß der Kongress nicht früh genug eine Million Dollar bewilligt habe, um den in Amerika ankommenden 3. K. 3 sofort mit Heilmitteln zu füllen. Man müsse jetzt das Heilmittel aus der „Shenandoah“ herausnehmen und in 3. K. 3 hineinfüllen, so daß beide Luftschiffe nicht gleichzeitig manövrieren könnten. Die „Shenandoah“ würde während der Fahrt des 3. K. 3 in ihrer Hölle verbleiben. Die Regierung hat neue Landungsplätze für 3. K. 3 angelegt, und zwar in Mitchellfield auf Long-Island, in Hampton Road in Virginia und Paris-Island in Süd-Karolina, jedoch haben diese Notlandungsplätze keine speziellen Einrichtungen für eine Landung, sind aber mit dem erforderlichen Personal besetzt, um eine Landung zu bewerkstelligen. Das Luftschiffministerium hat Pläne ausarbeiten lassen für die Herstellung eines Riesenaufschiffes mit einem Inhalt von 10 Millionen Kubikfuß und einer voraussichtlichen Schnelligkeit von 85 Meilen in der Stunde. Dieses Fahrzeug soll imstande sein, den Atlantischen Ozean hin und zurück zu überfliegen, ohne den Brennstoff erneuern zu müssen.

Drei Kinder durch eine Dampfseggexplosion getötet. In Hermannsburg in der Lüneburger Heide explodierte der Reffel einer Dampfseggmaschine. Drei in der Nähe spielende Kinder wurden getötet, eins schwer verletzt.

Schwere Unwetterkatastrophe in Amerika. Die ganze Atlantiküste ist von einem schweren Unwetter heimgesucht worden. Schwere Stürme, verbunden mit gewaltiger Regengüssen, haben das Land weithin überschwemmt und ungeheuren Schaden angerichtet. Besonders schwer betroffen wurden die Südstaaten, wo Tausende obdachlos geworden sind. Ganze Dörfer stehen unter Wasser. In Hampton sind 18 Kohlenminen überschwemmt und die Bahnhöfen auf weite Strecken unterwühlt. Zahlreiche Tote sind als Opfer der Katastrophe zu beklagen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind bis an das Bezirkssekretariat, Berlin S. O., Lindenstraße 3, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

73. Wkt. Schwanenbühl. Straßenfahrer, Jugendliche und Helfer treffen sich heute Abend bei Döhr, Beute Straße zur Flugblattverteilung um 8 Uhr und 2. Oktober. Am Donnerstag Abend 7 Uhr: Vorstandssitzung bei Döhr.

Jugendveranstaltungen.

Bezirksbezirk Prenzlauer Bezirk. Der Jugendklub ist heute Abend, 7 1/2 Uhr, wieder erstmalig im Jugendheim Damsiger Straße 23, II. Stockwerk, im Gange.

Arbeitersport.

Deutsche Arbeitersportler in Frankreich.

Zum erstenmal nach dem Kriege wird eine deutsche Fußballmannschaft gegen eine französische spielen. Dieses französisch-deutsche Weitspiel wird am 11. Oktober in Paris stattfinden. Es wird zwei Arbeitermannschaften Deutschlands und Frankreichs zusammenführen.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend: Zeitlich heiter, teils neblig, ohne nennenswerte Niederschläge. Temperatur im wesentlichen unverändert. Deutschland: Im allgemeinen Fortdauer der herrschenden Witterung.

Gewerkschaftsbewegung

Die Ware Arbeitskraft.

In einer Entschliessung des jüngsten Katholikentags findet sich die Sendung: „Die Arbeitskraft ist zur Ware erniedrigt worden.“ Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ wendet sich in einem Beitrage (Nr. 228) gegen diese gefühlsmässige Formulierung und erklärt, dass diese Bezeichnung der Ware als Arbeitskraft „durchaus keine Erniedrigung bedeuten kann“. Abgesehen davon, dass in jener Resolution mehr eine Entwürdigung gekennzeichnet werden sollte, in deren Verlauf Handwerker und Bauern als Arbeitskräfte in die Industrie verpflanzt wurden, als ehemalige Besitzer von Produktionsmitteln enteignet wurden, ihnen nichts blieb als ihre Arbeitskraft, während die Charakterisierung der Arbeitskraft als Ware den vollen Entwicklungsprozess als Zustand annimmt, stimmen wir dem Unternehmerorgan darin bei, dass diese Charakterisierung keine Erniedrigung bedeutet.

Das Unternehmerblatt höhnt die Katholiken-„Resolutionäre“, da sie in derselben Entschliessung erklären:

„Der Arbeiter hat daher Anspruch auf eine Entlohnung, die ihm die Möglichkeit zur Familiengründung und eines menschenwürdigen Daseins gibt.“

Die Erniedrigung (der Arbeitskraft als Ware) scheint sofort eine „Erhöhung“ zu werden, sobald nur der Lohn höher wird. „Also mehr Geld.“ Woher es zu nehmen sei, darum hätten sich die „Resolutionäre“ von Hannover nicht gekümmert. Die „Bergwerkszeitung“ fährt dann fort:

„Bei dieser Betrachtung erscheint auch der Anspruch der freien Gewerkschaften in einem besonderen Licht, die menschliche Arbeitskraft zu einem gewerkschaftlichen Monopol zu machen. Die zu vereinigenden Gruppen der Gewerkschaften, Genossenschaften und politischen Arbeiterparteien wünschen das sogenannte Monopol des Besitzes zugunsten der Gemeinwirtschaft zu brechen. Sie geben vor, dies Ziel zu verfolgen, um die wirtschaftliche Unfreiheit derer zu überwinden, deren einziger Besitz die Arbeitskraft ist. Aber indem sie diese Arbeitskraft zum Monopol machen, und zwar nicht etwa nur diejenige der Handarbeiter, werden sie die angebliche „wirtschaftliche Unfreiheit in tatsächliche Unfreiheit, d. i. Abhängigkeit von der Organisation, verwandeln. Es könnte dann gar leicht eintreten, dass die also wirtschaftlich Befreiten vom Regen in die Traufe kommen. Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage des Volkes und der Arbeiterschaft insbesondere werden gewiss alsseitig gewünscht, und nicht zuletzt vom Unternehmertum. (?) Die Erreichung dieses Zieles wird aber weder gefördert durch Entschliessungen, die die Arbeit herabsetzen, noch durch gewerkschaftliche Kämpfe um wirtschaftliche und weiterhin um politische Macht. Solche Dinge (!) erzeugen vielmehr erst verschobene und unklare Gedanken über die angebliche Feindschaft zwischen Kapital und Arbeit, die in Wahrheit ebenso wenig besteht, wie Feindschaft zwischen der rechten und der linken Hand eines Menschen bestehen kann.“

Wer es aufrichtig mit der deutschen Wirtschaft und mit der Freiheit des Volkes meint, die wir durch sie zu erringen hoffen, der muß sein Sinnen und Trachten darauf einstellen, wie er an die Stelle dieser künstlich groß gezüchteten Feindschaft die Zusammenarbeit, an Stelle des horizontal zerklüfteten Lohnschichtenbewußtseins das naturgewachsene Gefühl der Zugehörigkeit zum Werk erneuert.“

Die „Senachdem“-Einstellung des Unternehmerblattes ist recht interessant. Zunächst verteidigt es die marginalistische Charakterisierung der Arbeitskraft als Ware, doch sobald es darauf ankommt, für die Arbeitnehmer aus diesem Verhältnis die Konsequenzen zu ziehen, verläßt es sofort den Boden der ökonomischen Tatsachen, um sich auf das „naturgewachsene Gefühl“ der Zugehörigkeit zum Werk zurückzuziehen.

Die Erkenntnis des Warencharakters der Arbeitskraft enthält den „naturgewachsenen“ Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, der von den Gewerkschaften nicht gefühlsmässig als „Feindschaft“ aufgefaßt wird. Zur Feindschaft führt dieser Interessengegensatz in bestimmten Fällen, in denen die Maßnahmen der Unternehmer dazu herausfordern. Mit der „Feindschaft“ wäre den Arbeitern wenig gedient. Sie haben vielmehr erkannt, dass es darauf ankommt, dem wirtschaftlichen Uebergewicht des Unternehmertums durch ihren organisatorischen Zusammenschluß ein Gegengewicht zu bieten. Dem Monopol der Besitzer der Produktionsmittel müssen die Besitzer der Ware Arbeitskraft allerdings ihr Monopol gegenüberstellen. Die Sorge des Unter-

nehmerorgans, dass die Arbeitnehmer in ein Abhängigkeitsverhältnis zu ihrer Organisation geraten, ist geradezu rührend! Diese „Abhängigkeit“ beruht weit mehr auf freier Entscheidung als die Abhängigkeit der Unternehmer von ihren eigenen Organisationen und Syndikaten, und sie ist weit weniger groß als die Abhängigkeit der einzelnen Unternehmer von ihren Verbänden, Kartellen und Syndikaten. Und weil die Abhängigkeit des einzelnen Arbeitnehmers von dem Unternehmertum und dessen Organisationen übermächtig geworden ist, ist der einzelne Arbeitnehmer dadurch gezwungen, sich in die „Abhängigkeit“ der Vereinigung mit seinen Arbeitsgenossen zu begeben. Dem Unternehmertum mag das nicht erwünscht sein, allein es hat sich mit der Tatsache abgefunden, wie die Arbeitergewerkschaft sich damit abzufinden haben wird, dass ihre Arbeitskraft eine Ware ist. Die „Zugehörigkeit zum Werk“ hat mit der Stilllegung, dem Abbau oder der Entlassung ein Ende. Die Zugehörigkeit der Arbeitnehmer zur Organisation ist jedoch dauernd. Mit der „Harmonie“ zwischen Kapital und Arbeit ist es nichts. „Naturgewachsen“ ist das Gefühl der Solidarität, der gewerkschaftliche Zusammenschluß all derer, die nichts besitzen wie ihre Arbeitskraft.

Der Tarifstreit bei der Gasbetriebsgesellschaft.

In der Manteltarifstreitigkeit mit der Gasbetriebsgesellschaft Gieshiner Straße haben nunmehr die Verhandlungen bei der Reichsarbeitsverwaltung (Schlichter für Groß-Berlin) zu einem Schiedspruch geführt, mit dem sich eine Betriebsversammlung sämtlicher Beschäftigten der Gasbetriebsgesellschaft im großen Saale der Brauerei am Montag befand.

Von dem Kollegen Gnadi vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wurde der Bericht über die langwierigen dreitägigen Verhandlungen vor dem Schlichter und über den Inhalt des Schiedspruches gegeben. Er führte aus, dass es auf Grund des festen Zusammenstehens der Belegschaft der Direktion der Gasbetriebsgesellschaft trotz ihres rücksichtslosen Vorgehens nicht gelungen ist, den Sozialtarif zu beseitigen. Durch den Schiedspruch werden in den entscheidenden Punkten, wie Arbeitszeit, Krankenlohn, Bezahlung der Wochenfeiertage und Urlaub für die Arbeitnehmer annehmbare Bedingungen geschaffen. Insbesondere wird die Arbeitszeit auf 8 Stunden festgelegt, für die im Schichtwechselbetriebe Beschäftigten auf 53½ Stunden pro Woche. Urlaub wird gewährt über 16 Jahre 20 Tage. Krankenlohn wird gewährt in der Höhe von 66%, 75 und 80 Proz.

Der Schiedspruch hat aber auch ganz erhebliche materielle Verluste für die Arbeitnehmer gebracht, und zwar durch Fortlassung der Vereinbarung aus dem bisherigen Vertrag, wo für die Verlegung der Pausen außerhalb der Arbeitszeit eine wöchentliche Vergütung von 1/4 Arbeitsstunden zugestanden war, ferner für die Verminderung des Krankenlohnzuschlages eine Abgeltung von 12 Arbeitsstunden vierteljährlich, im übrigen für die Verkürzung des Urlaubs eine einmalige Zulage von 3 Proz. des Jahreseinkommens, die beim Antritt des Urlaubs in Fortfall kommt. Es entsteht durch diesen Verlust für jeden einzelnen Arbeitnehmer eine Verminderung des Jahreseinkommens um 121 M. im Jahre, die bei den zurzeit geltenden Löhnen im Gaswert eine kaum vertretbare Belastung für die Arbeitnehmer bedeutet. Dennoch wird von der Organisation unter Berücksichtigung der Gesamtumstände die Annahme des Schiedspruches empfohlen, um so zu versuchen, den Tarifstreit zu beenden.

Die Ausführungen des Berichterstatters wurden durch den Kollegen Schaum vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter ergänzt, der besonders darauf hinwies, dass die Behauptungen der Direktion, dass durch die Aufrechterhaltung der Tarifverträge in dem bisherigen Zustande die Erfüllung der Forderung auf Herabsetzung der Gaspreise unmöglich gemacht wird, völlig unhaltbar sind und nur dazu angetan sind, beim Schlichter sowohl wie im Reichsarbeitsministerium die Stimmung zu erwecken, die sozialen Bestimmungen des bisherigen Tarifvertrages fast völlig zu beseitigen oder im gegebenen Fall einen Schiedspruch, der einen größeren Teil der sozialen Bestimmungen wieder herstellt, die Verbindlichkeitsklärung zu versagen. Er wies nach, dass der gesamte Lohnanteil bei einem Gaspreis von 19 Pf. nur 2,2 Pf. pro Kubikmeter produzierendes Gas beträgt, also der Gaspreis von Tarifbestimmungen außerordentlich minimal beeinflusst wird. Wie bei diesem Zustand die Direktion für die Hochhaltung ihrer Gaspreise den Lohnanteil als Begründung anführen will, muß schon den Direktoren der Gasbetriebsgesellschaft vorbehalten bleiben.

Nach reger Diskussion wurde unter schweren Bedenken dem

Schiedspruch mit Mehrheit zugestimmt. Der Abschluß des Tarifvertrages hängt nun davon ab, wie sich die Direktion der Gasbetriebsgesellschaft zu diesem Schiedspruch stellt. Für die Direktion bringt der Schiedspruch erhebliche Vorteile schon daraus, dass sie von der Leistung der besonderen Zulagen entlastet wird, was eine Ersparnis bei einer Belegschaft von rund 2000 Arbeitnehmern von 240000 Goldmark im Jahre ausmacht.

Wie verkauert, beabsichtigt die Direktion, die ja die gesamte Belegschaft heute, am 1. Oktober 1924, entlassen wollte, soweit nicht die von ihr einseitig bekenntgegebenen Arbeitsbedingungen anerkannt werden, trotz des Schiedspruches ab 1. Oktober die von ihr einseitig angeordneten Arbeitsbedingungen durchzuführen. Die Absicht ist geeignet, in demselben Augenblick, wo durch den Schiedspruch und durch die Annahme desselben von der Belegschaft der Tarifstreit beseitigt werden könnte, die größten Komplikationen herbeizuführen.

Aus der Knorr-Bremse.

Da anlässlich der Eisenbahnstellung die Erzeugnisse der Knorr-Bremse gewürdigt werden, erscheint es angezeit, auch einmal auf die Betriebsverhältnisse hinzuweisen, die weniger lobenswert sind. In der Lehrstabsabteilung mit etwa 40 Lehrlingen und Praktikanten ist alles modern eingerichtet. Die Toiletten aber werden nur in den Pausen geöffnet; eine Benutzung außer der Pause bedarf der Zustimmung des Meisters. Die Bohrer und Fräser einer Abteilung streifen in der zweiten Woche, da sie trotz intensiver Arbeit nur 58 bis 60 Pf. Akkordlohn in der Stunde erreichen.

Im Werk Obersee befinden sich über 100 Dreher und Revolverdreher im Streik, ebenfalls wegen schlechter Bezahlung. Die Firma, die angeblich nicht mehr zahlen kann, löst einen Millionenneubau ausführen. In den letzten Wochen wurde eine große Anzahl hauskranker Arbeiter entlassen, darunter solche, die über 10 Jahre beschäftigt waren, ohne ihnen das zustehende Urlaubsgeld zu zahlen.

Unter Umgehung des Arbeitsnachweises werden „deutschösterreichische“ und „deutschnationale“ Arbeiter, die teilweise aus anderen Industrien kommen, im Betriebe untergebracht.

Die meisten Mißstände sind auf die Gleichgültigkeit eines großen Teils der Betriebsangehörigen zurückzuführen. Sie werden nur dann beauftragt werden können, wenn die Arbeiter der Knorr-Bremse sich auf ihre gewerkschaftliche Organisationspflicht besinnen, sich wieder zusammenschließen, um mit Hilfe der Gewerkschaftsorganisationen die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Bergarbeiterprotest gegen das Zechenlegen.

Eine vom Deutschen Bergarbeiter-Verband einberufene Bergarbeiter-Massenversammlung, die gegen die Stilllegung im Ruhrbergbau Stellung nahm, nahm eine Entschliessung an, in der von der Reichsregierung auf Grund der §§ 2 und 3 des Sozialversicherungsgesetzes vom 23. März 1919 gefordert wird, einzugreifen. Die Abfrage sei im wesentlichen eine Preisfrage und diese wieder eine Selbstkostenfrage, daher sei nach Ansicht der Versammlung der Bergbau nicht nur betriebswirtschaftlich und betriebsorganisatorisch, sondern auch sozialrechtlich so auszugestalten, dass alle Kräfte sich ihrem Zwecke entsprechend auswirken können, mit geringstem Kraftaufwand die höchste Leistung zu erzielen. Die Versammlung erwartet von der Reichsregierung, dass sie diesen Gesichtspunkten Rechnung trägt und die nötigen Schritte unverzüglich in die Wege leitet.

Empfang der Bergarbeiterführer durch Macdonald.

Heute morgen wird Macdonald die Vertreter der Bergarbeiter empfangen. Er werde dabei, wie die liberale Presse ausführt, in ziemlichlicher Verlegenheit. Als Premierminister wäre er sehr gerne bereit, dem Bergbau zu helfen. Man müsse sich aber fragen, ob seine Sympathie für den Bergbau so weit gehen werde, auf die deutsche Regierung einen Druck auszuüben, die Arbeitszeit der deutschen Bergarbeiter herabzusetzen, denn das sei das Ziel des Vertreters der Bergarbeiter.

Die Zahl der Arbeitslosen in England hat sich nach Mitteilung des Arbeitsministeriums weiter vermehrt, und zwar gegenüber der letzten Berichtswache um 16 250. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen ist momentan 1 180 205.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Arthur Gatenberg; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Heiligtum: Dr. John Schifano; Soziales und Konflikte: Felix Karst; Angelegen. H. Glöck; Jämlich in Berlin. Verlag: Fortwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 8.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen · Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel · Ausführung sämtl. Reparaturen · Preiswerte, gediegene Arbeit

2 Mark
wöchentliche Teilzahlung
Eleg. Herren-Garderobe
fertig und nach Maß
Garantie für tadellos. Sitz und Verarbeitung
Enorme Auswahl in Maßstoffen, sowie fertiger Garderobe
Maßschneiderei J. Kurzberg
Oranienstraße 160, 1.

Hosen Hosen
jeder Art kaufen Sie am besten und billigsten in d. München-Gladbacher Hosen-Zentrale.
Herren- und Knaben-Anzüge, Hosenträger, Stutzen sehr preisw.
München-Gladbacher Hosen-Zentrale
Rügener Str. 25 (nahe Gesundbr.)
Blauer Laden - Fahrgeldvergüt.

Nähr Dich mit Porath
Schutzmarke
Porath's Kinder- und Krankennahrung
Ärztlich empfohlen!
Für die Familie: Das sättigende Getränk zum Morgen, die nahrhafte Suppe zum Mittag, die bekömmliche Kost zum Abend.
Für Schwache und Kranke - namentlich Magen- und Darmleidende, Blutarme, Lungenkranke - die ärztlich verordnete Diät.
Für den Säugling: Die tausendfach erprobte Nahrung bei fehlender Muttermilch und der Nährzusatz zur Milch nach der Entwöhnung.
Für größere Kinder: Die kräftigende Kost bei Bleichsucht, mangelndem Appetit und körperlicher Schwäche. - Die tägliche Morgensuppe vor dem Gang zur Schule.

Wo Kakao in der Familie bevorzugt wird, verwenden Sie **Porath's Eiweiß-Nähr-Kakao**
die fertige Mischung aus feinstem, schwach entöltetem Kakao und Porath-Nahrung, die trotz ihres vorzüglichen Geschmacks, ihrer großen Ergiebigkeit und ihres hohen Nährwertes nicht teurer ist, als gewöhnlicher Kakao.
Kostenlos und portofrei senden wir Ihnen eine Probe von **Porath-Nahrung oder Porath's Eiweiß-Nähr-Kakao** wenn Sie uns diese Anzeige in offenem Briefumschlag einschicken und auf dem Kuvert Ihre genaue Adresse vermerken.
Auch von den vorzüglichen **Porath-Bäckings** senden wir Proben auf Wunsch. Das Gewünschte bitten wir zu unterstreichen.
Nährmittelwerk Richard Porath G.m.b.H. Berlin S.W. 68, Lindenstr. 35 - Fernspr. Dönhoff 3513/14

Der **1. Oktober** ist's Hurra, Hurra, und Berge Jeld sind wieder da!
So ruft der Franz, doch Maxe spricht: „Mensch Franje, Franje treu Dir nicht, denn größer ist ja doch die Pein, wenn bald Dein Jeld wird alle sein.“
Schaff' erst der Un ewigheit Qual und wandere dann ins Freudental. Det is z. B. bei jedem Spiel, erst leben und dann nehmen viel. So mach's mein Lipba mit Marie und spiele die Jubiläumstotteriel!
Zur 250. Preuß. Staats-Lotterie, die am 10. Oktober beginnt, **Noch ist es Zeit** sich ein Jubiläumsgeld zu sichern.
Lospreise: 1/4 = 3,-, 1/2 = 6,-, 1 = 12,-, 1/2 = 24,- Goldmk.
Näheres siehe amtlichen Gewinnplan, der kostenlos zugesandt wird. Lose sind zu haben bei
Dahlenburg, Potsdam, Schwerfegerstr. 11
Staatl. Lotterie-Einnahme. Tel. 3209.

Ich verschenke
an meine Kunden in den Monaten August bis Dezember **Speise- u. Schlafzimmer, Küchen usw.**
Diese Gegenstände sind bei der Firma **FECHNER & PREDEL, Möbelfabrik, Neue Schönhauser Straße 2**, ausgestellt. Ferner kommen 50 Preise à 10,- Mark zur Verteilung. Keine Einsendung irgendeines Beitrages erforderlich. Kein Preisauflschlag. Bedingungen unverbindlich im Laden.
Trauringe
1 Ring 900 Dukatiengold von M. 5,00 an
1 Ring 585 gestemp. von „ M. 4,00 an
1 Ring 333 gestemp. von „ M. 2,10 an
H. Wiese, Juwelier
Berlin N., Artilleriestr. 30
Berlin W., Passauer Str. 12
Preisliste gratis
Beim Umtausch werden die bei mir gekauften Ringe innerhalb eines Jahres zum vollen Preis zurückgenommen.
Rechtsanwalt, Vorkommen, Notar, fassen, Einzelteile, Möbel, Dresdener, **Besonders** Wichtig sind die kleinsten Arbeiten in der Gesamt-Lieferung
* „In Jertin“ und beiden sehr schön billigt!